

Zusammenfassung des virtuellen Pflorgetreffs vom 26.08.2021

Dieser, vorerst letzte Pflorgetreff war vor allem dazu gedacht, den Mitgliedern in Mecklenburg-Vorpommern einen Einblick in die Pläne der am 26.09.21 zur Wahl stehenden Personen und Parteien zu geben. Wir haben hier „nur“ Vertreter:innen der bereits im Landtag vertretenen Parteien eingeladen. Das erwies sich als zu kurz gedacht. Zum einen hat der Vertreter der Linken absagen müssen und auch die CDU musste eine Ersatzperson anstelle von Herrn Ehlers schicken, zum anderen aber zeigte sich, dass auch die kleineren Parteien sich durchaus Gedanken zur Zukunft der pflegerischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern gemacht haben.

Ganz spontan erklärte sich unser Mitglied Karsten Jagau, Altenpfleger und Mitglied der Piraten Partei dazu bereit, uns ein wenig von den Überzeugungen und Plänen seiner Partei zu berichten. Die Piraten sind der Überzeugung, dass das Gesundheitssystem aus der Kapitalverwertung herausgenommen werden müsse. Außerdem setzen sie sich ein für:

- Erhöhung des Pflegeschlüssels also eine angemessene Personalausstattung
- Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z.B. durch Supervisionen aber auch eine Reduzierung der Arbeitszeiten auf 30 maximal 35 Stunden die Woche bei vollem Lohnausgleich.
- Flexible Arbeitszeiten zur besseren Vereinbarkeit von sozialem Leben und Beruf
- Eine Finanzierung der Pflegekosten durch Steuern – Solidargedanke
- Technik und IT Lösungen, die arbeitserleichternd sind und nicht etwa einen zusätzlichen Aufwand nach sich ziehen.

In der Diskussion ging es dann vor allem um die Motivation von Auszubildenden und Pflegestudierenden, deren unterschiedliche Qualifikationsgrade nicht ausreichend monetär gewürdigt werden. Herr Jagau gab zum Abschluss zu, dass die Piraten noch keine feststehende Haltung zum Thema Pflegekammer hätten, er aber ein Befürworter sei.

Unser nächster Gast war Maika Friemann-Jennert (CDU), die sich kurzfristig bereiterklärt hatte, für Herrn Ehler einzuspringen. Frau Friemann-Jennert ist nicht im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, sondern Bundestagsmitglied und tritt auch nicht zur Landtagswahl an. Zentrale Punkte in der Gestaltung der pflegerischen Versorgung sind für sie:

- Die Pflegesätze, die die CDU für unbezahlbar hält. Man müsse sich hier aber auch von dem Gedanken verabschieden, „Geld an die Kinder vererben zu können“, wenn dadurch die Solidargemeinschaft mit höheren Pflegekosten belastet würde.
- Die CDU setze sich dafür ein, dass auch Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben könnten und fordere deshalb eine Gesetzesänderung, die die Barrierefreiheit im öffentlichen und privaten Raum ermögliche.
- Den Pflegenotstand müsse man bekämpfen, indem man bspw. finanzielle Anreize schaffe, die Pflegenden in den Beruf zurückholen würden. Die Anwerbung ausländischer Fachkräfte allein, könne den Notstand nicht auffangen.
- Es müssten Löhne „nah am Tarif“ gezahlt werden.
- Außerdem bräuchte es eine grundlegende Reform der Pflege- und Heilberufe wobei die Akademisierung nicht zur Verbesserung beitrage.

Gerade der letztgenannte Punkt führte natürlich zu einer angeregten Diskussion, in der Frau Friemann-Jennert auf die Studien, die Verbesserungen in der pflegerischen Versorgung durch akademisch ausgebildetes Personal belegen, hingewiesen wurde. Das es auch in Mecklenburg-Vorpommern nur einen verschwindend geringen Anteil von Akademiker:innen gibt, hinge eben auch mit den schlechten finanziellen Rahmenbedingungen für ein grundständiges Pflegestudium zusammen.

Als letzten Gast dieser Reihe und des Abends durften wir Herrn Julian Barlen begrüßen. Herr Barlen ist der gesundheitspolitische Sprecher der SPD im Landtag und hat bereits in den Enquete Kommissionen „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ und „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ mitgearbeitet. Herr Barlen sieht vor allem im ambulanten Versorgungsbereich erhebliche Lücken, die schon jetzt nur durch Absprachen der einzelnen Dienste miteinander geschlossen werden könnten. Ansonsten seien die weiten Anfahrtswege zu vergleichsweise wenigen Klient:innen nicht mehr rentabel. Dieser Umstand werde sich noch verstärken, da Mecklenburg-Vorpommern mittlerweile das „älteste Bundesland“ sei. Aus diesem Grund fordert die SPD u.a.:

- Integrierte Versorgungszentren, in denen sektorenübergreifende Konzepte zur Versorgung von Patient:innen aufgestellt würden. Hier liege auch eine Chance für Community Health Nurses und ein Umdenken, was die Vorbehaltsaufgaben angehe.
- Ausbau der Pflegestützpunkte und des Beratungsangebotes mit Wohnberatung, um den Verbleib in der Häuslichkeit so lange wie möglich zu gewährleisten.
- Die Kommunen müssten ermuntert werden, die integrierte Versorgungsplanung selbst in die Hand zu nehmen, da die Bedarfe kommunal recht unterschiedlich seien.
- Die Pflegekosten müssten gesenkt werden. Dazu müsse es eine Art Bürgerversicherung und Zuschüsse aus Steuereinnahmen geben.

Die daran anschließende Diskussion kreiste vor allem um Fragen der Tarifautonomie und Herrn Barlens Zweifel an der Verhältnismäßigkeit unserer Forderung nach 4000 Euro Einstiegsgehalt. Er glaube, dass Tariflöhne flächendeckend gezahlt werden müssten und die Politik nicht Gehaltsvorgaben für einzelne Berufe machen solle.

Im Gegensatz zu den meisten anderen Vertreter:innen seiner Partei, gab er aber an, ein Befürworter der Kammerbewegung zu sein. Wir haben ihn daraufhin gebeten, nach der Wahl diese Unterstützung nicht nur verbal, sondern auch durch eine angemessene Anschubfinanzierung kundzutun.

Wir bedanken uns nochmal ganz herzlich bei allen Teilnehmenden und besonders bei unseren Gästen, die teilweise sehr spontan für ursprünglich angefragte Gesprächspartner:innen einspringen mussten. Sie alle haben dazu beigetragen, den Pflegenden in Mecklenburg-Vorpommern aber natürlich auch in den anderen Bundesländern, Orientierung und Einblick in teilweise doch recht trockene Sachverhalte zu geben. Wir hoffen, Sie alle fühlen sich nun gut informiert und gehen am 26.09. mit einem guten Gefühl zur Wahl. Denn eines ist ganz sicher: Ihre Stimme zählt!

Sollten Sie noch Fragen zu den Treffs haben oder Kontakt zu den einzelnen Politiker:innen wünschen, können Sie sich jederzeit gern unter nordost@dbfk.de an uns wenden.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Team Nordost